

EDITORIAL

Sebastian Heilmann, Patrick Ziegenhain

Wenn irgendwo in Südostasien Gewalttätigkeiten ausgetragen werden, eine Naturkatastrophe wie der Wirbelsturm Nargis in Myanmar ganze Regionen verwüstet oder in Thailand der Regierungssitz von Demonstranten blockiert wird, rücken diese Länder plötzlich in den Fokus der westlichen Medien. Wissenschaftler, die sich seit Jahren mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region befassen, sind kurzfristig als Experten für die breite Öffentlichkeit gefragt. „Bad news is good news“: Die europäischen Medienproduzenten und –konsumenten scheinen sich eher für Gewalt und menschliches Elend in Südostasien zu interessieren als für die bedeutenden evolutionären Prozesse, die in der Region zu beobachten sind.

Indonesien beispielsweise ist in den letzten Jahren fast völlig aus den Mainstream-Medien verschwunden, nachdem der Aceh-Konflikt vorläufig beendet, die separatistischen Unruhen um die Jahrtausendwende eingedämmt und seit einigen Jahren kein größerer Anschlag von islamistischen Kräften mehr verübt wurde. Richtig ist, dass in den letzten Jahren keine revolutionären Veränderungen stattfanden. Aber verdienen die Erfolge und Misserfolge bei der Umsetzung von Demokratisierung und Dezentralisierung in diesem großen Land nicht doch größere Aufmerksamkeit?

Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse mögen nicht immer spektakulär sein. Für die lokale Bevölkerung und deren alltägliches Leben haben sie jedoch große Bedeutung. In Demokratisierungsprozessen können schon begrenzte Fortschritte eine spürbare Reduzierung staatlicher Repression und Willkür sowie eine Stärkung von Pressefreiheit und Rechtssicherheit bewirken. Diese Veränderungen kommen den Menschen in der Region konkret zugute und erweitern deren Entfaltungsmöglichkeiten.

Südostasien war und ist geprägt von autoritär regierten Staaten. Dort, wo versucht wurde, demokratischere Regierungsformen zu installieren, stellten sich schon relativ schnell Rückschritte ein. Gerade die aktuellen Entwicklungen in Thailand belegen die Schwierigkeiten eines Landes, dessen Regierungssystem seit Jahrzehnten zwischen Autoritarismus und Demokratie hin- und herwechselt. Ist es nun ein erfreuliches Zeichen, dass Demonstranten von der People's Alliance for Democracy (PAD), die indirekt vom König und dem Militär unterstützt werden, massiv gegen eine angeblich korrupte Regierung demonstrieren und vehement deren Rücktritt fordern? Ist es ein Zeichen demokratischer Stabilisierung, wenn ein Premierminister zurück-

treten muss, weil unabhängige Verfassungsrichter befinden, dass dessen mit einem bescheidenen Honorar vergütete Auftritte in einer Koch-Show nicht in Einklang mit der Verfassung stehen? Die Art und Weise, wie Regierungen in Thailand bestellt und abrufen werden, kann demokratischen Standards nicht genügen.

Nicht nur in Thailand, sondern auch in anderen Staaten Südostasiens lässt sich in den letzten Jahren ein Trend zur Regression von demokratischen Errungenschaften feststellen. In den Philippinen ist die Zustimmung zur Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo infolge von Korruptions- und Wahlbetrugsvorwürfen auf einen historischen Tiefpunkt gesunken. Die Verhaftungen und Ermordungen linksgerichteter Oppositioneller stellen eklatante Menschenrechtsverletzungen dar. Dabei hatten gerade die Philippinen nach dem Sturz des Diktators Marcos im Jahr 1986 als erster Staat in Südostasien ein demokratisches Regierungssystem errichtet.

Den größten wirtschaftlichen Erfolg haben in Südostasien in den letzten Jahren autoritäre entwicklungslenkende Staaten (developmental states) wie Singapur, Malaysia oder Vietnam verzeichnet, während die demokratischen Öffnungen Indonesien, den Philippinen und Thailand nur vergleichsweise geringe wirtschaftliche Vorteile eingebracht haben. Offen diskutieren Intellektuelle und Politiker in den drei zuletzt genannten Staaten über die „autoritäre Versuchung“ und angebliche Vorteile einer autoritären Regierungsform: Demokratie spalte durch ihre Streitkultur die Gesellschaft und biete keine einfachen Lösungen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme. Wer bislang annahm, dass die Demokratisierung in Südostasien alternativlos und unaufhaltsam sei, sollte die gegenwärtigen Entwicklungen in der Region als Anlass nehmen, gängige Wahrnehmungsmuster gründlich zu prüfen.